Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

12.12.2011

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 21. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 12. Dezember 2011

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 21:48 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- André Bleckmann
- Norbert Braun
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Andreas Kerath
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Dr. Lür Kühne
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Wilfried Lüthen
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Sebastian Ratjen
- Angelika Richter
- Karl-Dieter Schmidt
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Alexa Worm
- Ingo Ziola

Entschuldigt :

- Dr. Jörn Kasbohm
- Anja Reuhl
- Dr. Mignon Schwenke

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 5.1. 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B402-21/11
Der Präsident
- 5.2. Unterstützung der Volksinitiative zum Erhalt der Theater in Mecklenburg-Vorpommern und Petition zur Dynamisierung der FAG-Mittel für die Theater an das Land Mecklenburg-Vorpommern B404-21/11
interfraktioneller Antrag
- 5.3. Teilaufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses Nr.: 05/442 vom 28.03.2011 B405-21/11
Dez. III, Amt 40
- 5.4. Straßenausbau im OT Ladebow, Bereich ehemalige Flugplatzsiedlung B406-21/11
OTV Wieck-Ladebow
- 5.5. Rückerstattung Hafengebühren an Museumshafen e.V. B407-21/11
CDU-Fraktion
- 5.6. Unterstützung der Schule für Popularmusik B407-21/11
CDU/interfraktionell
- 5.7. Wahlbereichseinteilung B408-21/11
Bündnis 90 / Die Grünen
- 5.8. Besetzung des Aufsichtsrats der WVG mbH B409-21/11
ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler
- 5.9. Besetzung eines Stellvertreters für die Ortsteilvertretung Greifswald-Innenstadt B410-21/11
Bündnis 90 / Die Grünen
- 5.10. Umstellung auf bleifreie Munition auf städtischen Jagdflächen B411-21/11
Bündnis 90 / Die Grünen
- 5.11. Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung B412-21/11
Bündnis 90 / Die Grünen
- 5.12. Besetzung OTV Innenstadt B413-21/11
SPD-Fraktion
- 5.13. Fußgängerweg in Eldena B414-21/11
SPD-Fraktion
- 5.14. Schadenskataster für Bauwerke B414-21/11
SPD-Fraktion
- 5.15. Straßenbeleuchtung B415-21/11
SPD-Fraktion
- 5.16. Bestellung und Entsendung des Vertreters/Stellvertreters der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die 4. Amtsperiode des Stiftungsrates der Stiftung "Pommersches Landesmuseum" B416-21/11
Oberbürgermeister
- 5.17. Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur „Stiftung Schwedisches Kulturerbe in Pommern“ (Vorratsbeschluss) B417-21/11
Dez. III, Amt 41
- 5.18. Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Abwasserwerk der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B418-21/11
Dez. I / Abwasserwerk
- 5.19. Wirtschaftsplan 2012 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B419-21/11
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 5.20. Mehraufwandsentschädigung an den Landkreis Vorpommern-Greifswald B420-21/11
Dez. I, Abt. Recht, Amt 20

5.21.	Kreditaufnahme in Höhe von 8.259.000,00 Euro für den VmHH
<i>Dez. I , Amt 20</i>	B421-21/11
5.22.	Beanstandungen aus dem Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2010
<i>Rechnungsprüfungsausschuss</i>	B422-21/11
5.23.	Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2010
<i>Rechnungsprüfungsausschuss</i>	B423-21/11
5.24.	Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ sowie über die Klassifizierung nach der aktuellen Straßenausbaubeitragssatzung
<i>Dez. II, Amt 60</i>	
5.25.	1. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a – c BauGB (Kostenerstattungssatzung)
<i>Dez. II, Amt 60</i>	B424-21/11
5.26.	2. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gewässerunterhaltungsgebühren vom 22.02.2010 (Gewässerunterhaltungsgebührensatzung)
<i>Dez. II, Amt 60</i>	B425-21/11
5.27.	Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen -; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)
<i>Dez. II, Amt 60</i>	B426-21/11
5.28.	Neuwahl der Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Jugend
<i>Der Präsident</i>	B403-21/11
5.29.	Verlängerung der Vereinbarung über eine vorläufige Verwaltungsgemeinschaft „Schulen“
<i>Dez. III</i>	B427-21/11
6.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt	
7.	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft	
8.	Mitteilungen des Präsidenten	
9.	Bestätigung der Niederschrift vom 07.11.2011	
10.	Schluss der Sitzung	

**Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt Abschied von den kürzlich verstorbenen Hans-Joachim Tomfort und Wilfried Zink.
Die Anwesenden erheben sich für eine Schweigeminute.**

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die 21. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 39 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Herr Prof. Matschke (FDP-Fraktion) hat sein Mandat aus persönlichen Gründen zurückgegeben. Das Nachfolgemandat tritt Herr André Bleckmann an.

Der Präsident hat Herrn Bleckmann bereits im nichtöffentlichen Teil der Sitzung per Handschlag zur gewissenhaften Arbeit in der Bürgerschaft und zur Einhaltung der Kommunalverfassung M-V, der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung verpflichtet.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, hat sich entschuldigt, weil er zu einer Auszeichnungsveranstaltung der Eheleute Beitz in Essen zu Gast ist.

Die beiden Stellvertreter des Oberbürgermeisters Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Zur Sitzung sind zwei Tischvorlagen und drei Änderungsanträge zu TOP 5.2, TOP 5.4 und TOP 5.24 ausgereicht worden.

Die Tischvorlage zur Neuwahl der Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Jugend (TOP 5.28) soll nach TOP 5.1 (Änderung der Hauptsatzung) behandelt werden.

Die Tischvorlage zur Verlängerung der Vereinbarung über eine vorläufige Verwaltungsgemeinschaft „Schulen“ wird als TOP 5.29 in die Tagesordnung aufgenommen.

- kein Widerspruch

Für die SPD-Fraktion zieht Herr Dr. Kerath die Vorlage unter TOP 5.13 zum Fußgängerweg in Eldena zurück.

Der Präsident lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Torsten Wierschin:

- zur abgebrochenen Kreistagssitzung in der Stadthalle

Er regt an und bittet alle Parteien, den unseglichen Schlagabtausch und das öffentliche „Zerfleischen“ zu beenden.

Keine Toleranz gegen körperliche Gewalt und verbale Verunglimpfung von Menschen.

Frau Marie Rosenthal:

In Vertretung des Schulleiternrates der Erwin-Fischer-Schule stellt die Bürgerin Nachfragen zu den Bauarbeiten an ihrer Schule, speziell der Aula.

Herr Senator Hochheim verweist auf ein Schreiben an die Direktorin und macht einige Ergänzungen. Derzeit werden Angebote eingeholt. Wenn der Umfang der Angebote bekannt ist, werden die notwendigen Finanzierungen im Haushalt in Abstimmung mit dem zuständigen Fachamt sichergestellt. Man geht davon aus, dass Januar/Februar die Aula wieder hergestellt werden kann.

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine schriftlich gestellten Fragen

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen**Zu TOP: 5.1 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B402-21/11**

Herr Liskow weist auf weitere Änderungen hin:

1. § 7 soll gestrichen werden

2. § 6a wird zu § 7 und

3. In § 12a Abs. 3 wird das Wort „Jugendhilfeausschuss“ durch die Worte „Aus-

schuss für Gesundheit, Soziales und Jugend“ ersetzt.“

Frau Dr. Fassbinder begrüßt, dass fast alle Vorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im erweiterten Präsidium Zustimmung gefunden haben. Sie wünscht für die Zukunft, dass der Sportausschuss seine Berechtigung unter Beweis stellt. Frau Dr. Fassbinder erläutert einige Änderungen der neuen Satzung. Als besonders hebt sie die Stärkung der Stellung der Ortsteilvertretungen hervor.

Für die Fraktion Die Linke gibt Herr Dr. Bartels eine generelle Zustimmung zu den Änderungen der Hauptsatzung.

Herr Multhauf gibt bekannt, dass er der Änderung der Hauptsatzung nicht zustimmen wird, weil er es unter anderem für problematisch hält, dass die Beschlüsse, wenn sie im Internet veröffentlicht werden, gültig sein sollen. Nicht jedem Bürger wäre der Zugang zum Internet möglich. Die alte Regelung über das Stadtblatt wäre besser. Weiter regt Herr Multhauf an, das Stadtblatt nicht nur Bürgern, sondern auch Institutionen und besonders Schulen das Stadtblatt zuzustellen und an der Infothek des Rathauses auszulegen.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in der Neufassung vom 27.09.2010, geändert durch BS-Beschluss-Nr. B286-15/11 vom 28.03.2011.

Abstimmungsergebnis: bei 37 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.28 Neuwahl der Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Jugend
B403-21/11

Die Fraktionen nennen die noch fehlenden Namen.
Damit lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt wählt folgende 12 Mitglieder in den neugebildeten Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Jugend:

CDU-Fraktion (3)

- Erich Cymek
- Bernd Uhlig
- Ingo Ziola
- Vertreter: Lutz Jesse, Hendrik Hauschild, Christian Weller

Fraktion Die Linke (3)- Alexa Worm

- Angelika Richter
- Marian Kummerow
- Vertreter: Dr. Jörn Kasbohm, Edda Krille Ursula Behrendt

SPD-Fraktion (2)	- Karl-Dieter Schmidt - Anne Lembke - <u>Vertreter</u> : Dirk Littmann, Angelika Greyner, Hans-Jürgen Dominik
Zählergemeinschaft B90/Die Grünen/FW (2)	- Anja Reuhl - Michael Steiger - <u>Vertreter</u> : Bernd Biedermann, Anne Walther, Anne Wolf
FDP-Fraktion (1)	- n.n.
Bürgerliste (1)	- Burghardt Siperko - <u>Vertreter</u> : Ludwig Spring

Abstimmungsergebnis: bei 39 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.2 Unterstützung der Volksinitiative zum Erhalt der Theater in Mecklenburg-Vorpommern und Petition zur Dynamisierung der FAG-Mittel für die Theater an das Land Mecklenburg-Vorpommern
B404-21/11

Herr Dr. Steffens zeigt an, dass er nicht an der Beratung teilnimmt.

Hierzu hat die CDU-Fraktion eine geänderte Beschlussvorlage ausgereicht, die allen Mitgliedern der Bürgerschaft vorliegt.

Anhand einer Präsentation erläutert Herr Hochschild den interfraktionellen Antrag und das Anliegen der Theaterangelegenheit.

Bevor es zur Diskussion kommt, beantragt Herr Dr. Kerath entsprechend Geschäftsordnung, Herrn Dr. Steffens das Rederecht einzuräumen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Nach der Stellungnahme der Linksfraktion durch Frau Socher beantragt Herr Prof. Joecks, folgenden Punkt 3. im Beschlusstext zu ergänzen, u.a. weil der Aufsichtsrat des Theaters der Gesellschaftervertretung empfohlen hat, eine Untätigkeitsklage zu erheben:

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Unabhängigkeitsklage gegen das Bildungsministerium wegen der immer noch ausstehenden Anerkennung und Genehmigung der Theater Management Vorpommern UG vor dem Verwaltungsgericht zu erheben.

Im Rahmen der Diskussion weist Herr Dr. Bartels darauf hin, den Punkt 2.a) zu ändern, weil er so nicht korrekt ist, weil das Land für die Theater keine Gelder zur Verfügung stellt.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen während der Diskussion schlägt Herr Peggel folgende Formulierung für den Punkt 2.a):

- a) damit noch in der laufenden Beratung für den Doppelhaushalt 2012/2013 über die Zuschüsse nach § 10 Abs. 1 Ziffer 1 lit. e) FAG hinaus Landesmittel im Haushalt für die Bezuschussung der Theater des Landes durch das Land selbst bereitgestellt werden,

Aufgrund der vielen Fragen und Anregungen gibt Herr Dr. Steffens einige Erläuterungen.

Da sich viele Mitglieder der Bürgerschaft zum Thema Theater äußern, beantragt Herr Burmeister entsprechend Geschäftsordnung, die Diskussion abubrechen und die interfraktionelle Beschlussvorlage zur Abstimmung zu stellen.

Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Pegel.

Der Präsident stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Der Präsident stellt folgende Erweiterung um Punkt 3. zur Abstimmung:

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Unabhängigkeitsklage gegen das Bildungsministerium wegen der immer noch ausstehenden Anerkennung und Genehmigung der Theater Management Vorpommern UG vor dem Verwaltungsgericht zu erheben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Herr Pegel stellt noch einmal die oben aufgeführte Formulierung für 2.a) vor.

Der Präsident lässt über die Formulierung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Herr Liskow erklärt seine Stimmenthaltung.

Damit lässt er über folgenden geänderten Beschluss abstimmen:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald unterstützt die „Volksinitiative zum Erhalt der Theater“ in Lande Mecklenburg-Vorpommern und ruft die Bürger auf, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen.
2. Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der Theater Vorpommern GmbH beauftragt, sich mit einer Petition an die Landesregierung sowie den Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu wenden,
 - b) damit noch in der laufenden Beratung für den Doppelhaushalt 2012/2013 über die Zuschüsse nach § 10 Abs. 1 Ziffer 1 lit. e) FAG hinaus Landesmittel im Haushalt für die Bezuschussung der Theater des Landes durch das Land selbst bereitgestellt werden,
 - c) damit die gestoppte Prüfung der Anerkennung der Gründung der gemeinsame Tochtergesellschaft mit der Vorpommerschen Landesbühne Anklam GmbH, der Theatermanagement UG (haftungsbeschränkt) als tragfähige Fusion im Sinne des § 19 Abs. 1 FAG M-V unverzüglich wieder aufgenommen und kurzfristig abgeschlossen wird und
 - d) dass die Bemühungen der Theater Vorpommern GmbH bei der Konsolidierung ihres Haushaltes durch eine einmalige Zuwendung

entsprechend der Höhe unterstützt wird, wie sie auch dem Landestheater Schwerin gewährt worden ist.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Unabhängigkeitsklage gegen das Bildungsministerium wegen der immer noch ausstehenden Anerkennung und Genehmigung der Theater Management Vorpommern UG vor dem Verwaltungsgericht zu erheben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.3 Teilaufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses Nr.: 05/442 vom 28.03.2011 B405-21/11

Herr Hoebel erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag nur teilweise zustimmen kann und bittet die Verwaltung um Erläuterungen.

Herr Spring informiert aus dem Jugendausschuss, dass dieser den ersten Spiegelstrich gestrichen haben möchte, so dass die Verhandlungen mit dem Kinderschutzbund weitergeführt werden sollen.

Herr Multhauf bemerkt, dass an dieser Stelle Ausschussarbeit gemacht werde und deshalb stellt er den Antrag, die Vorlage in die zuständige Ortsteilvertretung zu verweisen.

Herr Senator Dembski nimmt für die Verwaltung Stellung, wobei er darauf verweist, dass der Stadt durch die Kreisgebietsreform lediglich eine Kollegin geblieben ist, die all die Arbeit bewältigen soll. Das erklärt die Schwierigkeit, die Übergabe einer KiTa in freie Trägerschaft zu regeln.

Herr Schmidt erinnert daran, dass die Erzieherinnen im Jugendhilfeausschuss geäußert haben, dass sie dem Betriebsübergang widersprechen werden. Der Personalrat der Stadt hat versichert, dass sich an dieser Situation nichts geändert hat. Herr Schmidt erläutert die finanziellen Auswirkungen einer Privatisierung. Deshalb fordert Herr Schmidt die Bürgerschaft auf, der Beschlussvorlage in der vorgelegten Form zuzustimmen.

Herr Dr. Bartels bemerkt im Rahmen der Diskussion, dass Beschlüsse der Bürgerschaft umzusetzen sind. Wie die Verwaltung das Problem der Personalausstattung löst, ist Sache des Oberbürgermeisters. Das andere ist, wenn die betroffenen Mitarbeiter widersprechen, sollten die Verhandlungen abgebrochen werden und die KiTa „Friedrich Wolf“ bei der Stadt bleiben.

Da keine weiteren Wortmeldungen sind, lässt der Präsident über den von Herrn Spring gestellten Antrag des Jugendausschusses abstimmen, den ersten Spiegelstrich zu streichen.

Abstimmungsergebnis: bei 17 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Deshalb stellt der Präsident den Beschluss in vorgelegter Form zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Die Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses Nr.: 05/442 vom 28.03.2011 Punkt 2 bezüglich der Übertragung in die freie Trägerschaft

- der Kinderbetreuungseinrichtung „Friedrich Wolf“ an den Deutschen Kinderschutzbund Ortsverband Greifswald e. V. und
- der Kindertagesbetreuung „Samuel Marschak“ an den „Institut für Lernen und Leben“ e. V..

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 6 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 5.4 Straßenausbau im OT Ladebow, Bereich ehemalige Flugplatzsiedlung B406-21/11

Der Vorsitzende der Ortsteilvertretung Wieck/Ladebow Herr Lieschefsky bringt die Beschlussvorlage ein und begründet sie

Für die SPD-Fraktion bringt Herr Dr. Kerath folgenden Änderungsantrag ein:
Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister

1. für eine grundhafte Instandsetzung der Straßen im Ortsteil Ladebow im Bereich der ehemaligen Flugplatzsiedlung
 - a. die Kosten zu ermitteln,
 - b. die Fördermöglichkeiten zu ermitteln,
 - c. die Rahmenbedingungen, aus denen sich durch Rechenprozesse die Belastungen der einzelnen Anwohner durch Hinzufügen deren individueller Gebührenmerkmale ermitteln lassen, der voraussichtlichen Ausbaubeiträge der Grundstücksanlieger für die vorstehend ermittelten Kosten abzüglich Fördermitteln schätzweise zu ermitteln,und
2. im Rahmen einer mit der Ortsteilvertretung gemeinsam durchgeführten Einwohnerversammlung die Prüfergebnisse zu 1. a. bis 1. c. sowie die im Einzelnen geplanten Baumaßnahmen vorzustellen und ein Meinungsbild der Einwohner über die soziale Akzeptanz der Maßnahme einzuholen
und
3. danach über die Ortsteilvertretung und die zuständigen Ausschüsse der Bürgerschaft einen Entscheidungsvorschlag unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Einwohnerversammlung (Ziff. 2.) vorzulegen.

Dieser Änderungsantrag liegt allen Mitgliedern der Bürgerschaft in schriftlicher Form vor.

Herr Hochheim bedankt sich für die Vorlage der Ortsteilvertretung und bittet die Bürgerschaft, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abzulehnen. Herr Hochheim weist darauf hin, dass das Fettgedruckte der ausgereichten Beschlussvorlage gestrichen werden könnte, weil mit dem §1 Allgemeines der Vorlage unter TOP 5.11 (Änderung der Straßenausbaubeitragsatzung) eine Regelung gefunden wurde.

Herr Kruse macht deutlich, dass die Vorlage der Ortsteilvertretung unter der Maßgabe der Bereitstellung der Mittel zu betrachten ist. Die CDU-Fraktion lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ab. Das Fettgedruckte der Vorlage der OTV stellt einen Kompromiss des Bauausschusses dar. Herr Kruse schlägt vor, dass Fettgedruckte der Vorlage der OTV wie folgt zu ersetzen:

Über die wesentlichen Regelungen von Beitragssätzen sowie die geplante Ausbaumaßnahme und die Verfahrensweise der Beitragserhebung soll der Beitragsberechtigte die Beitragsverpflichteten vor Erörterung in den Ausschüssen und Ortsteilvertretungen vor Beschlussfassung in geeigneter Form informieren. Diese wird gemeinsam mit der Ortsteilvertretung organisiert.

- kein Widerspruch

Nach einigen weiteren Wortmeldungen für und wider lässt der Präsident über folgenden geänderten Beschlussantrag der Ortsteilvertretung abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt das Tiefbau – und Grünflächenamt der UHGW die Straßen im Ortsteil Ladebow im Bereich der ehemaligen Flugplatzsiedlung grundhaft instand zu setzen. Die Kosten sollen gemäß Straßenausbausatzung unter Einbeziehung von möglichen Fördermitteln umgelegt werden. Für diese Maßnahmen sind alle Fördermöglichkeiten auszuschöpfen.

Über die wesentlichen Regelungen von Beitragssätzen sowie die geplante Ausbaumaßnahme und die Verfahrensweise der Beitragserhebung soll der Beitragsberechtigte die Beitragsverpflichteten vor Erörterung in den Ausschüssen und Ortsteilvertretungen vor Beschlussfassung in geeigneter Form informieren.“

Diese wird gemeinsam mit der Ortsteilvertretung organisiert.

Abstimmungsergebnis: bei 31 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Damit wird der Antrag der SPD-Fraktion hinfällig.

Zu TOP: 5.5 Rückerstattung Hafengebühren an Museumshafen e.V.

Herr Bleckmann zeigt an, dass er weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnimmt.

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage ein und begründet sie.

Für die SPD-Fraktion bemerkt Herr Dr. Kerath, dass der Beschlussantrag nicht weit genug gehe, weil nicht nur der Museumshafen, sondern auch der Ruderclub „Hilda“ in Gefahr sind. Dabei verweist er auf § 7 Nr. 9 der Hafengebührensatzung. Die SPD-Fraktion regt an, den letzten Halbsatz des Beschlussvorschlages zu streichen und durch folgende Formulierung zu ersetzen: Diese wird durch die Neufassung des Hafengebietes in der Anlage SL 3 vermieden.

Für die FDP-Fraktion erklärt Herr Hoebel, dass die FDP grundsätzlich dafür ist, etwas zu tun, äußert aber Bedenken hinsichtlich einiger Schiffe.

Herr Multhauf stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Debatte abzubrechen, weil Ausschussarbeit in der Bürgerschaft gemacht wird. Er beantragt, dieses Thema in den Fachausschuss zurückzuverweisen, um alle Fragen zu klären.

Gegen diesen Antrag spricht Herr Hochschild.

Der Präsident lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen beschlossen

Zu TOP: 5.6 Unterstützung der Schule für Popularmusik

B407-21/11

Herr Cymek zeigt an, dass er weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnimmt.

Herr Hochschild bringt die Vorlage ein und begründet sie.

Im Rahmen der Diskussion regt Herr Pegel an, in der vierten Zeile „und die Folgejahre“ zu streichen.

- kein Widerspruch

Nach einigen Wortmeldungen von Herrn Dr. Bartels, Herrn Dr. Fassbinder, Herrn Spring, Herrn Hoebel, Herrn Dr. Kühne, Herrn Wille und Herrn Dembski stellt der Präsident folgenden Beschlussantrag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob eine Bezuschussung von Betriebskosten der Musikfabrik Greifswald -Schule für Popularmusik- in Höhe von 26.400,00 € jährlich (2.200,00€ monatlich) für das Haushaltsjahr 2012 möglich ist. Die Ergebnisse der Prüfung und mögliche Lösungen sind in der Haushaltsdebatte zu diskutieren. Im Zusammenhang mit dem Beschluss zum Haushalt 2012 wird abschließend über die Förderung befunden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Pause von 20:22 Uhr bis 20:32 Uhr

Zu TOP: 5.7 Wahlbereichseinteilung

B408-21/11

Herr Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage ein und begründet sie.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss unverändert abstimmen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis April 2012 Vorschläge für einen Neuzuschnitt der Wahlbereiche zur Bürgerschaftswahl zu erarbeiten und der Bürgerschaft vorzulegen, der von der Kommunalwahl 2014 an gelten soll. Die Einwohner und insbesondere die Ortsteilvertretungen sind in diesen Prozess von Anfang an einzubeziehen. Es sind dabei Varianten auf der Basis von insgesamt vier oder insgesamt sechs Wahlbereichen zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.8 Besetzung des Aufsichtsrats der WVG mbH

B409-21/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr **Heiko Jaap** wird anstelle von Klaus Heiden in den Aufsichtsrat der WVG mbH gewählt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.9 Besetzung eines Stellvertreters für die Ortsteilvertretung Greifswald-Innenstadt
B410-21/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird Herr **Bernd Biedermann** Stellvertreter für Herrn Robert Brockmann in der Ortsteilvertretung Innenstadt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.10 Umstellung auf bleifreie Munition auf städtischen Jagdflächen
B411-21/11

Herr Dr. Bittner bringt die Beschlussvorlage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet sie.

Herr Ratjen beantragt für die FDP-Fraktion, den Antrag in die Ausschüsse zurückzuverweisen.

Gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Dr. Fassbinder.

Der Präsident stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschlussantrag abstimmen:

Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird aufgefordert, gegenüber den städtischen Mitarbeitern, den Jagdpächtern und den Begehungsscheininhabern umgehend eine Empfehlung zur sofortigen, freiwilligen Umstellung auf bleifreie Munition auf städtischen Jagdflächen (Feld- und Waldjagden) auszusprechen.

Außerdem wird die verbindliche Umstellung auf bleifreie Munition für städtische Mitarbeiter und Begehungsscheininhaber zu Beginn des nächsten Jagdjahres (1.4.2012) festgesetzt.

Die verbindliche Einführung für alle Jagdreviere der Stadt wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt (nach Auslaufen der derzeitigen Pachtverträge bzw. entsprechenden Änderungen zum kommenden Jagdjahr) festgelegt.

Abstimmungsergebnis: bei 19 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.11 Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung
B412-21/11

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt Herr Dr. Bittner die Beschlussvorlage ein und begründet sie.

Nach einigen Bemerkungen lässt der Präsident über folgenden Beschlussantrag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Änderungen der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Bau von Straßen, Wegen und Plätzen vom 27.04.2009 (Straßenausbaubeitragssatzung):

„§ 1 Allgemeines

Der letzte Satz wird wie folgt ergänzt (Ergänzungen fett gedruckt):

Über die wesentlichen Regelungen von Beitragssätzen sowie die geplante Ausbaumaßnahme und die Verfahrensweise der Beitragserhebung soll der Beitragsberechtigte die Beitragsverpflichteten vor Erörterung in den Ausschüssen und Ortsteilvertretungen und vor Beschlussfassung in geeigneter Form informieren.“

§ 2 Beitragspflichtige

Abs. 1 wird um einen Satz ergänzt:

Grundstückseigentümer oder Unternehmer der gewerblichen Betriebe sind nach KAG M-V §8 (7) zur Zahlung von besonderen Straßenbaubeiträgen heran zu ziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.12 Besetzung OTV Innenstadt
B413-21/11

Herr Dr. Kerath erklärt, dass er bereits im Oktober mit Herrn Tomfort über die Änderung der Besetzung in der Ortsteilvertretung gesprochen hat.

Der Präsident lässt über folgenden Beschlussantrag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt die Neubesetzung in der Ortsteilvertretung Innenstadt.

Anstelle von Joachim Tomfort wird Hinrich Kuessner neues ordentliches Mitglied. Zu dessen Stellvertreter wird Joachim Trettin benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.13 Fußgängerweg in Eldena

- vom Einbringer zurückgezogen

Zu TOP: 5.14 Schadenskataster für Bauwerke

B414-21/11

Herr Littmann bringt die Beschlussvorlage der SPD-Fraktion ein und begründet sie. Herr Littmann bittet darum, den Termin auf den 30. Juni 2012 zu korrigieren.

Nach einigen Bemerkungen stellt der Präsident folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister bis zum 30. Juni 2012 ein Verzeichnis sämtlicher sich im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald befindlichen Gebäude und Außenanlagen zu erstellen, das deren baulichen Zustand und etwaig vorhandenen Sanierungsstau beschreibt sowie notwendige Sanierungsmaßnahmen unter Angabe ihrer Dringlichkeit und Kosten erfasst.

Abstimmungsergebnis: bei 12 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.15 Straßenbeleuchtung

B415-21/11

Die Einbringung und Begründung der SPD-Vorlage erfolgt durch Herrn Braun.

Der Präsident lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen in welcher Form und zu welchen Kosten die Aufgabe der Bewirtschaftung der Straßenbeleuchtung auf die Stadtwerke GmbH oder eine Tochtergesellschaft übertragen werden kann.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.16 Bestellung und Entsendung des Vertreters/Stellvertreters der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die 4. Amtsperiode des Stiftungsrates der Stiftung "Pommersches Landesmuseum"

B416-21/11

Herr Dr. Fassbinder zeigt an, dass er weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnimmt.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt und entsendet

als Vertreter Herr Dr. Arthur König, Oberbürgermeister

als Stellvertreter Herr Dr. Thomas Meyer, Mitglied der Bürgerschaft

in den Rat der Stiftung „Pommersches Landesmuseum“ für die 4. Amtsperiode.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen

Zu TOP: 5.17 Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur „Stiftung Schwedisches Kulturerbe in Pommern“ (Vorratsbeschluss)

B417-21/11

Die Begründung und Stellungnahme erfolgt für den Bildungsausschuss durch Herrn Pegel.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald beabsichtigt den Beitritt zur „Stiftung Schwedisches Kulturerbe in Pommern“. Ein Stiftungsbeitrag in Höhe von 1.000,- Euro wird bei Gründung der Stiftung bzw. Beitritt zur Bürgerstiftung Vorpommern fällig.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich durch 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.18 Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Abwasserwerk der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

B418-21/11

Herr Dr. Fassbinder hat bereits im Vorfeld Fragen an das Abwasserwerk gerichtet, die schriftlich beantwortet wurden.

Aufgrund von Nachfragen zu den Versiegelungen und die Auswirkungen auf das Oberflächenwasser nimmt Herr Lorke vom Abwasserwerk Stellung.

Herr Dr. Bartels regt an, dass auch das Abstimmungsverhalten des Werksausschuss in der Beschlussvorlage aufgeführt wird, um deutlich zu machen, dass sich der Werksausschuss mit der Beschlussvorlage beschäftigt hat.

Der Präsident lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes 2012 nach Eigenbetriebsverordnung M-V, bestehend aus:

- Vorbericht
- Zusammenstellung
- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Investitionsübersichten
- Stellenübersicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.19 Wirtschaftsplan 2012 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

B419-21/11

Herr Pegel weist im Rahmen der Diskussion auf das schrumpfende Anlagevermögen der „Greif“ hin. Sollte es dazu Aussagen geben, bittet er um entsprechende Information.

Für Herrn Liskow ist der zuständige Ausschuss der Finanzausschuss.

Der Präsident stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2012 des See- und Tauchsportzentrums nach Eigenbetriebsverordnung M-V, bestehend aus:

- Vorbericht
- Zusammenstellung
- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Investitionsübersicht
- Stellenübersicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.20 Mehraufwandsentschädigung an den Landkreis Vorpommern-Greifswald
B420-21/11

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald schließt den in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Ausgestaltung der Mehraufwandsentschädigung mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.21 Kreditaufnahme in Höhe von 8.259.000,00 Euro für den VmHH
B421-21/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt: Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, Kredite in Höhe von insgesamt 8.259.000,00 Euro zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögenshaushaltes aufzunehmen.

Die Kredite werden zu möglichst günstigen Konditionen auf dem freien Kreditmarkt aufgenommen. Vor Kreditaufnahme werden verschiedene Angebote eingeholt. Die Kredite werden beim günstigsten Anbieter aufgenommen.

Über das Ergebnis der Kreditaufnahme ist zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.22 Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses bringt beide Beschlussvorlagen unter TOP 5.22 und 5.23 im Zusammenhang ein und begründet sie anhand einer Präsentation.
Und
Zu TOP: 5.23

Herr Liedtke erläutert, dass zwei Beanstandungen in der Vorlage unter TOP 5.22 bereits erledigt sind: B5 aus 2009 und B4 aus 2010 werden gestrichen.

Die Präsentation liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor.

Im Rahmen der Diskussion gibt Frau Behrendt die Stellungnahme der Linksfraktion. Die Fraktion beantragt, die beiden Punkte der Beschlussvorlage unter TOP 5.23 getrennt abzustimmen.

Im Rahmen der Diskussion stellt Frau Socher Nachfragen, die Herr Maas, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, bzw. Herr Wille, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Finanzen beantworten.

Der Präsident stellt die Beschlussanträge zu TOP 5.22 und TOP 5.23 zur Abstimmung.

Zu TOP: 5.22 Beanstandungen aus dem Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2010
B422-21/11

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung der Jahresrechnungen 2009 und 2010 spätestens mit der Erstellung der Jahresrechnung 2011 auszuräumen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.23 Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2010
B423-21/11

Die Bürgerschaft der UHGW beschließt die Annahme der Jahresrechnung 2010.

1. Der Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Mit der Annahme der Jahresrechnung 2010 wird der Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr 2010 entlastet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 9 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.24 Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ sowie über die Klassifizierung nach der aktuellen Straßenausbaubeitragssatzung

Herr Hochheim bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Zur Verwaltungsvorlage gibt es einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der allen Mitgliedern der Bürgerschaft vorliegt.

Zusammenfassend geht es darum, sich zu entscheiden für die Ursprungsvariante oder die heute vorgelegte Variante der Verwaltung. Beide Varianten sind nicht rechtssicher. Die Verwaltung weiß nicht, welche Variante die Bürgerschaft bevorzugen will.

Für die SPD-Fraktion spricht im Rahmen der Diskussion Herr Prof. Joecks. Er schlägt vor, einen dritten Punkt in der Vorlage aufzunehmen, dass die Beitragsbescheide unter dem Vorläufigkeitsvermerk nach §165 Abgabenordnung zu stellen sind.

Herr Dr. Kerath bringt im Rahmen der Diskussion zum Ausdruck, dass es bei dieser Angelegenheit um sehr viel Geld gehe. Wer in diesem Prozess verliert, zahlt alles. Mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion soll erreicht werden, bevor man sich festlegt, welchen Weg die Verwaltung für sinnvoll hält.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Hochschild, beide Anträge in die Fachausschüsse zurückzuverweisen.

Herr Liskow lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 3 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 5.25 1. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a – c BauGB (Kostenerstattungssatzung)

B424-21/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 1. Änderung zur Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a – c BauGB (Kostenerstattungssatzung).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.26 2. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gewässerunterhaltungsgebühren vom 22.02.2010 (Gewässerunterhaltungsgebührensatzung)

B425-21/11

Herr Dr. Fassbinder stellt Nachfragen zur Kostensteigerung in den Tabellen 1 und 6. Daraufhin gibt Herr Kaiser entsprechende Erklärungen.

Der Präsident lässt über folgenden Beschlussantrag in unveränderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 2. Änderungssatzung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gewässerunterhaltungsgebühren vom 22.02.2010 (Gewässerunterhaltungsgebührensatzung).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 1 Gegenstimme und 6 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 5.27 Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen -; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)

B426-21/11

Herr Hochschild gibt bekannt, dass die CDU-Fraktion den B-Plan-Entwurf in der vorgelegten Form ablehnt. Die Fraktion ist der Meinung, dass die im September 2011 vorgelegte Variante die bessere ist.

Herr Hochheim macht deutlich, dass, wenn der Beschluss nicht gefasst wird, die Hafenstraße nicht ausgebaut werden kann.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang) zum Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen - wie folgt:

1. Der Entwurf (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 62 - An den Wurthen - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 62 - An den Wurthen - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 4a Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 3 BauGB zu dem o.g. Entwurf einschließlich Begründung mit Umweltbericht zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 62 - An den Wurthen - und dessen Begründung mit Umweltbericht sind ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 7 Ja-Stimmen, 22 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen abgelehnt

Zu TOP: 5.29 Verlängerung der Vereinbarung über eine vorläufige Verwaltungsgemeinschaft „Schulen“
B427-21/11

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Burmeister, wer für die Aufstellung eines Haushaltes zuständig ist, erläutert Herr Dembski, dass Beide die Stadt und der Landkreis dafür zuständig sind.

Außerdem erläutert Herr Dembski, dass es hinsichtlich der Zählerablesung in der beigefügten Vereinbarung noch eine kleine redaktionelle Änderung gibt.

- kein Widerspruch

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine vorläufige Verwaltungsgemeinschaft „Schulen“ bis zum 31.07.2012 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Hochschild, die vorgesehenen Mitteilungen des Oberbürgermeisters zu Protokoll zu geben

Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Multhauf.

Der Präsident stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bei 17 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen